Nummer 279 — Halle, Freitag, den 28. November 1924 — 59. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.45 Goldmark und 42 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Goldmark-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Goldmark. Verlagsadresse Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Die ersten Bände des seit langen Jahren erwarteten amtlichen deutschen Werkes „Der Weltkrieg 1914 bis 1918". das im Reichsarchiv bearbeitet wird, sind heute im Verlage von E. S. Mittler und Sohn, Berlin SW 68, zur Ausgabe gelangt. Die Darstellung fußt auf dem gesamten amtlichen und umfangreichen privaten und literarischen Quellenmaterial. Mit ihm wird dem kämpfenden und blutenden deutschen Heere, der schaffenden und duldenden Heimat ein ragendes Denkmal errichtet und unserem Volke die mit Recht geforderte zuverlässige Beschreibung des Weltkrieges geboten.

*

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Reichsregierung dem Reichsrat den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1925 vorgelegt habe. Der Entwurf schließt mit einem Gesamtüberschuß von etwa 2½ Milliarden Reichsmark ab. Der Reichsrat wird sich in den kommenden Woche über den Voranschlag beraten.

*

Der Bezirksausschuß hat die Klage der Stadtverordnetenversammlung gegen den Magistrat Kassel als berechtigt erklärt. Die Klage wird jetzt vor dem Oberverwaltungsgericht verhandelt werden. Wenn auch dieses sich für die Klägerin entscheidet, verbleibt Scheidemann noch der durch die Personalabbauverordnung vorgeschriebene Weg. Die endgültige Entscheidung würde dann der Provinzialausschuß in Frankfurt a. M. treffen.

*

Der Kommunistenführer Seqin, der sechzehnmal wegen schweren Diebstahls vorbestraft ist und wegen Beteiligung am Kommunistensturm auf das Mülheimer Rathaus zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, erhielt vom großen Schöffengericht Münster fünf Jahre Zuchthaus. Seqin hat unter dem Schutz französischer Offiziere die Wohnung des Leiters des Mülheimer Versorgungsamtes, Regierungsrat von Rahmer, „beschlagnahmt". In der Haft versuchte er, einen Mitgefangenen zum Meineid zu verleiten.

*

In den Bestimmungen über den Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet wird mitgeteilt, daß für alle im unbesetzten Deutschland wohnenden Personen über 15 Jahre ein Personalausweis genügt, der von der Heimatbehörde des Einreisenden auszustellen ist.

*

In Berlin haben die deutsch-tschechischen Luftfahrtverhandlungen begonnen. Sie scheinen einen glatten Verlauf zu nehmen. Selbstverständliche Voraussetzung für das Inkrafttreten eines Vertrages wäre eine befriedigende Lösung der Frage der Deutschland im Londoner Ultimatum aufgezwungenen Beschränkungen seines Luftfahrzeugbaues.

*

Wie die „Kölnische Zeitung" von halbamtlicher belgischer Seite erfährt, beabsichtigt die belgische Regierung, auf die 26prozentige deutsche Einfuhrabgabe zu verzichten.

*

Gestern haben die Vorbesprechungen für den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Polen und der Tschechoslowakei begonnen. Es wurde beschlossen, noch im Laufe dieser Woche die Grundlagen des Vertrages festzulegen. Die eigentlichen Verhandlungen werden in der nächsten Woche beginnen.

*

Die tschechischen Behörden haben eine große kommunistische Verschwörung aufgedeckt. Es wurden 27 Personen verhaftet, darunter der ehemalige Abg. Julius Nagni und die Stadträte Petenyi und Balaithyi. Bei Haussuchungen wurde viel Material und Geheimbefehle zur Sprengung von Kasernen gefunden. Die Drucksachen und Sprengmittel sind aus dem Auslande in die Tschechoslowakei eingeschmuggelt worden.

*

In Moskau haben Verhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland über den Austausch politischer Gefangener begonnen. — Man muß annehmen, daß sie im Zusammenhang mit dem großen Plan des französisch-russisch-japanischen Blockes stehen, in dem Polen als Zwischenglied nicht fehlen darf.

*

Die in der kroatischen Vereinigung vertretenen bürgerlichen Parteien haben in ihrer Konferenz am 23. November die Abänderung ihres Programms im republikanischen Sinne beschlossen. Inzwischen hat die Regierung Pasitsch die Verhaftung von über 40 kroatischen Bauernführern beschlossen.

*

Der chinesische Staatsmann und Präsident Südchinas, Dr. Sunyatsen, ist in Tokio eingetroffen, dem Besuch wird in japanischen politischen Kreisen die größte Bedeutung beigemessen. Die Führer der japanischen politischen Parteien der Seiyukai, der Kenseikai und des Kakuhinclub haben sich von Tokio nach Kobe begeben, um dort mit dem chinesischen Führer über die Lage zu beraten.

Die deutsch-englischen Verhandlungen.

Günstige Wendung?

London, 27 Nov. (Eigene Drahtmeldung). Die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen sind in ein neues Stadium getreten. Es ist ein Kompromiß in der Frage der Reparationsabgabe von 26 Prozent in Aussicht genommen. Deutscherseits ist der Vorschlag gemacht worden, die eigenen Zahlungen für Rechnung der 26prozentigen Abgabe, die von den einzelnen Kaufleuten an England geleistet werden und mit Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten für den Handel verbunden sind, durch eine **Pauschalzahlung der deutschen Regierung** abzulösen. Diese Zahlung würde an den Reparationsagenten geleistet werden, ein Verfahren, das sich schon aus dem Grunde empfiehlt, weil die Möglichkeit besteht, daß beim gegenwärtigen Verfahren der Erhebung der Abgabe bei jeder einzelnen Transaktion England mehr an Reparationen erhält, als ihm in einem Jahre nach dem Dawesplan zusteht.

Man nimmt an, wie der diplomatische Korrespondent der „Westminster Gazette" berichtet, daß man auf dieser Grundlage zu einer Einigung gelangen würde.

Es verlautet, daß die Verhandlungen über die Reparationsabgabe schon zu einem gewissen Abschluß gebracht waren, als man englischerseits den Vorschlag neuerdings zum Gegenstand einer Verhandlung machte. Gilbert, der mit der Repko die Frage der 26prozentigen Einfuhrabgabe auf die deutschen Waren am Freitag erörtern wird, besteht nach einer Meldung der „Westminster Gazette" auf einer wörtlichen Anwendung des Dawesplanes und verlangt, daß alle von Deutschland bezahlten Summen, seien sie nun in bar oder in Form von Sachlieferungen, durch die Hand des Reparationsagenten laufen müssen. Er sei diejenige Persönlichkeit, die diese Summen mit Zustimmung des Ueberweisungs- oder Transferkomitees zu verteilen habe.

*

Es scheint, daß unsere Unterhändler endlich anfangen, sich der Wirtschaftsmacht Deutschlands bewußt zu werden und sie in die Waagschale der großen Politik zu werfen. Wenn die vorliegenden Nachrichten sich bestätigen, können wir mit den englischen Verhandlungen grundsätzlich zufrieden sein, sofern nicht von deutscher Seite den Engländern in Einzelpunkten zu große Zugeständnisse gemacht werden. Es verlautet, daß England solche Zugeständnisse gefordert hat, z. B. für englische Maschinen, Textilwaren, sowie Banken, Versicherungsgesellschaften usw., doch ist Näheres und Sicheres darüber bei dem Stillschweigen, in das die deutsche Regierung sich hüllt, nicht zu erfahren. Dieses Stillschweigen, auch wenn es gänzlich undemokratisch und also gegen den Sinn unserer schönen heutigen Verfassung ist, würde an sich sachlich durchaus zweckmäßig und daher begrüßenswert sein, wenn man bei unseren heutigen parlamentarischen Zuständen nicht immer den unbehaglichen Hintergedanken haben müßte, daß hinter den Kulissen Einflüsse einzelner Interessentengruppen gegen die Gesamtinteressen spielen könnten. Was da z. B. von dem „Tagebuch" über die Tätigkeit des Zentrumsabgeordneten Dr. Fleischer in Aufwertungsangelegenheiten usw. mitgeteilt worden ist, läßt das Zutrauen zu unserm Parlamentarismus nicht gerade wachsen.

Hoffen wir, daß in den Verhandlungen mit England alles sauber und ordnungsgemäß zugeht, wie es trotz gar vieler unverkennbarer Einzelfehler unter der Monarchie unbedingt der Fall war.

Französische Verstimmung.

Der offensichtliche Erfolg unserer Vertreter wird verständlich, wenn man die gleichzeitigen Verhandlungen mit Frankreich bedenkt. Dort war infolge Abwesenheit des Vertreters der Schwerindustrie eine Pause eingetreten, was die Franzosen sehr verstimmt — und das hört man aus dem sich äußerlich sehr herzlich gebärdenden Pariser Pressestimmen sehr deutlich heraus — sehr beunruhigt hat. Nicht ganz mit Unrecht. Denn es müßte schon ein sehr großer Zufall sein, wenn der wichtigste deutsche Vertreter bei den Pariser Verhandlungen, der schwerindustrielle, wirklich rein zufällig und ohne jeden Zusammenhang mit den englischen Verhandlungen von Paris abwesend gewesen wäre. Dazu ist zu offensichtlich, daß die Engländer und Franzosen in den Verhandlungen mit Deutschland trotz aller Verständigungswünsche Loucheurs erbitterte Konkurrenten sind, denen gegenüber wir die angenehme Möglichkeit haben, den zu wählen, der uns am meisten entgegenkommt.

Der kommende Weltkonflikt.

Andererseits hat die Angelegenheit neben der wirtschaftlichen eine sehr wichtige, ja letzten Endes noch viel wichtigere außenpolitische Seite: Es sieht ganz so aus, als ob das Wettringen Englands mit Frankreich um die Macht in Europa, Englands-Amerikas mit Frankreich-Rußland-Japan um die Weltmacht infolge der chinesischen und der Mittelmeergebietsereignisse in ein ganz akutes Stadium zu treten beginne. Da ist es natürlich für beide Gruppen von allergrößter Bedeutung, sich die Unterstützung, d. h. die wohlwollende Neutralität eines Landes wie Deutschland zu sichern, das durch seine Bevölkerungszahl, seine industrielle Leistungsfähigkeit und seine zentrale Lage trotz Entwaffnung noch immer ein Machtfaktor ersten Ranges ist. Wir werden auf diese außenpolitische Lage noch eingehend zurückkommen. Für Deutschland muß es jedenfalls angesichts der Lage darauf ankommen, sich so spät als möglich an eine der beiden Gruppen zu binden.

Dichtung und Wahrheit.

Wahlkampfmethoden und Ziele des Reichsbanners.

„Die Wahlpropaganda des Blockes Schwarz-Rot-Gold nähert sich ihrem Höhepunkt.

Unter den drei Parteien, die ihm angehören, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, herrscht absoluter Burgfriede, und die Wahlprogramme der Demokraten und Sozialdemokraten sind voneinander nicht zu unterscheiden, während das Zentrum wenigstens in kulturpolitischer Beziehung noch einen eigenen Weg geht.

Die gemeinschaftliche Propagandazentrale der drei Parteien ist das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, dessen Parole alle drei Parteien folgen, da noch keine von ihnen sich gegen die Pronunziamentos der Reichsbannerführer gesträubt hat. Die drei Parteien sind deshalb auch für die Propaganda des Reichsbanners verantwortlich zu machen, das in seinen führenden Kreisen an Verlogenheit nichts zu wünschen übrig läßt.

Ein charakteristisches Beispiel und einen schlagenden Beweis für diese Behauptung liefert die Rede, die der ungekrönte König des Reichsbanners, Oberpräsident Hörsing, am Sonntag im Herrenhause hielt. Er gab einen Extrakt der Wahlkampfmethode des Reichsbannerblockes und der Parteien, die ihn bilden. Im Vordergrunde dieser Kampfmethode stehen immer wieder die Parolen „Kampf gegen die Reaktion" und „Kampf gegen die Monarchisten".

Besonders der letztere Ruf wird in allen Wahlversammlungen des Linksblockes ausgestoßen. Ueber das Thema Reaktion wollen wir uns mit Herrn Hörsing und seinen demokratischen und sozialistischen Freunden nicht unterhalten: für sie ist Reaktion alles das, was — ob es ist nun um Menschen, Kultur oder Anschauungen handelt — nicht als anrüchiges Gewächs aus dem Sumpf des neunten November aufgeblüht ist. Die Parole „Kampf dem Monarchismus" stellt jedoch eine bewußte Entstellung des gegnerischen Antlitzes dar.

Die Führer des Linksblockes wissen genau, daß für die Reichsparteien ob „Reaktion" heute zeitweise überhaupt nicht aktuell ist, teilweise jedenfalls nicht im Vordergrund steht, und daß kein vernünftiger Mensch in diesen Kreisen daran denkt, die etwaige Wiederkehr der nichtsozialistischen Parteien im nächsten Reichstage zum Sturz der Verfassung und zur Wiederaufrichtung der Monarchie zu benutzen.

Von keinem ernstzunehmenden Politiker, der rechts von Scheidemann und Erkelenz steht, ist die Parole der Monarchie in diesem vom Linksblock gemeinten Sinne in den Wahlkampf geworfen. Es sind die Herren Wirth, Hörsing und Genossen, die das Schlagwort Monarchie herausgreifen, und es als ersten und einzigen Punkt der Tagesordnung dieses Wahlkampfes in den Vordergrund stellen, um den Wählern der Mitte das Gespenst des Umsturzes mit allen seinen politischen und wirtschaftlichen Gefahren an die Wand zu malen. **Diese Demagogen wissen, daß der deutsche Bürger in ruhiger Arbeit wiederaufbauen will und besonders seine Abneigung gegen Störungen dieser Arbeit, um die Kreise und Parteien, die in dem Erzeugnis der Novemberrevolutionäre nicht ihr staatsbürgerliches Ideal sehen, als Ruhestörer, Putschisten und Monarchisten zu verschreien.**

Diese Demagogen reiten auf Schlagworten wie Reaktion und Monarchie herum, um die Massen abzulenken von dem überzeugenden und einleuchtenden Kern der politischen Rechtsbewegung, die eine große, selbständige, von internationalen Einflüssen freie, bürgerliche Regierung erstrebt. Dieser Kern ist die nun einmal notwendige Durchführung des Londoner Protokolls unter nationalen Garantien.

Das heißt: Die Durchführung des Dawesgutachtens stellt die deutsche Wirtschaft vor Anstrengungen, die sie nicht ertragen kann, wenn die Gewerkschaften mit Unterstützung der hinter ihnen stehenden Parteien, soziale Ansprüche in Klassenlampfparolen umbiegend, ihre zerstörende Tätigkeit und ihre unheilvolle Beeinflussung der Reichspolitik wieder aufnehmen können. Das heißt weiter: Die Durchführung des Dawesgutachtens muß außenpolitisch von der kommenden Regierung unter einem Gesichtspunkte betrachtet werden, der die Besserung der deutschen Existenzbedingungen durch energische Haltung der deutschen Regierung erstrebt, nicht durch eine Haltung, die sich nach französischen Pressestimmen oder den Einflüssen unterirdischer, internationaler Kanäle einrichtet.

Die Reichsbannerdemagogen fürchten die Schlagkraft dieser — leider viel zu wenig ausgerufenen — Parolen der nicht-demokratisch-sozialistischen Parteien, sie vermeiden es deshalb sachlich gegen sie anzugehen und greifen zu der Lüge, die Monarchie solle durch den nächsten Reichstag wiederrichtet werden. Sie hoffen auf diese unehrliche Weise die Mehrheit zu erringen, die ihnen ein Wahlkampf mit anständigen Waffen versagen muß.

Im Leitartikel der demokratischen „Weltbühne" wird ausgerechnet, daß der Block Wirth-Erkelenz-Löbe nicht die Mehrheit erringen wird und daß man deshalb die Kommunisten zur Vervollständigung des Wirthblockes heranziehen müsse, um die Regierung in die Hand zu bekommen.

Da liegt der Gegenstand des jetzigen Wahlkampfes, nicht bei Verfassungsfragen. Erretter des Vaterlandes vor der Internationale, vor der Moskauer und vor der Amsterdamer und vor ihren demokratischen Schildknappen — das ist

Vor Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich?

Der L. A. meldet aus Paris: Im Mittelpunkt der deutsch-alliierten Naturallieferungsverhandlungen steht ein von dem Vorsitzenden der Alliierten Kommission ausgearbeiteter Vorschlag. Darnach soll **eine Regelung für die Dauer von einem Jahre versucht werden.** Es muß unterschieden werden zwischen gewöhnlichen und außergewöhnlichen Lieferungen. Unter den gewöhnlichen Lieferungen werden verstanden Kohlen, Kots, Holz usw. Ist diese Regelung erst einmal herbeigeführt, so wird **ein ständiges deutsches technisches Komitee in Paris** eingerichtet, um die Naturallieferungen selbst zu erleichtern. Dieses Komitee wird in irgend einer Form der Reparationskommission angegliedert. Die einzelnen Regierungen haben ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der jetzt tagenden Kommission zu geben. Ist dies geschehen, so kann mit der praktischen Durchführung des ganzen Planes begonnen werden. Ueber diesen Plan wird gegenwärtig beraten.

Aegypten und der Völkerbund.

Beim Generalsekretariat des Völkerbundes ist die vom ägyptischen Parlament einstimmig angenommene Protestnote eingelaufen, die um Intervention im ägyptisch-englischen Zwischenfall ersucht. Eine gleichlautende Note ist an alle Parlamente der Welt gerichtet worden.

Die Note des ägyptischen Parlaments wird vom Völkerbundssekretariat den Mitgliedern des Bundes zur „Information" überreicht werden. Da die Note nicht von der neuen ägyptischen Regierung, sondern vom Parlament abgesandt ist, wird sie nach dem Völkerbundspakt nicht als „offizielle Note" angesehen werden. Auch eine eventuelle Note der ägyptischen Regierung würde nur dann dem Völkerbundsrat unterbreitet werden, wenn diese von einer dritten im Völkerbunde vertretenen Macht offiziell beim Völkerbundssekretariat eingereicht würde.

Ein neuer englisch-ägyptischer Vertrag.

Nach dem „Evening Standard" beabsichtigt das Auswärtige Amt die künftigen englisch ägyptischen Beziehungen in einem neuen Vertrag zu regeln. Aegypten wird als Monarchie weiter bestehen. Eine angemessene Autonomie wird ebenfalls zugestanden. Großbritannien überwacht den Suezkanal. Die Rechte des Sultans sollen so gesichert werden, daß ägyptische Uebergriffe ausgeschlossen sind. Außerdem wird die Einführung einer Pressezensur in Kairo geplant.

Einstweilen ist die Stimmung in Aegypten außerordentlich gespannt. Die englische Regierung ist mit dem schroffen Vorgehen des englischen Oberkommissars Lord Allenby nicht einverstanden und hat ihm den Botschaftsrat Henderson als bevollmächtigten Minister zur Seite gestellt.

* * *

Eine Botschaft Moskaus an Aegypten.

Reuter erfährt aus Riga, daß die dritte Internationale an ihre „Genossen" in Aegypten und im Sudan ein Schreiben gerichtet habe, worin sie auffordert, den Kampf gegen den englischen Imperialismus fortzusetzen.

Zurückhaltung der italienischen Regierung im englisch-ägyptischen Konflikt.

Wie amtlich mitgeteilt wird, beabsichtigt die italienische Regierung, im englisch-ägyptischen Konflikt Zurückhaltung zu üben. Sie verfolgt trotzdem mit größter Aufmerksamkeit die Vorgänge, die sich in einer Gegend abspielen, wo Italien große Interessen habe. Man hofft, daß der Konflikt durch direkte Verhandlungen zwischen England und Aegypten friedlich beigelegt wird.

*

Asquith, der Führer der englischen Liberalen, ist in Jerusalem eingetroffen; er ist dort Gast des englischen Oberkommissars für Palästina Sir Herbert Samuel. Diese Reise ist neben den laufenden Berichten der „Times" usw. ein neuer Beweis, welchen Wert die englische Regierung auf gute Beziehungen zum zionistischen Judentum und ihrem Staat Palästina legt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241128011/fragment/page=0001

das Ziel der Schlichten und Parteien, die rechts von den Herren Mitis und Erkelenz stehen."
(Dr. J. in der überparteilich-nationalen Berliner Börsenzeitung vom 25. November.)

Burschenschaften und Reichsbanner.

Der Berliner Vertretertag alter Herren deutscher Burschenschaften hat nachstehende Entschließung gefaßt: „Der Berliner Vertretertag Alter Herren deutscher Burschenschaften wehrt sich mit aller Schärfe und in aller Oeffentlichkeit dagegen, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" diese Farben als geistiges Erbe der deutschen Burschenschaft für sich in Anspruch nimmt. Der Wahlspruch der deutschen Burschenschaft „Ehre Freiheit, Vaterland" beweist unwiderleglich, wie weit die deutsche Burschenschaft schwächlichem Pazifismus und zersetzendem Internationalismus fernsteht."

General von Nathusius wieder frei.

Havas verbreitet folgende offizielle Nachricht aus Lille: **Auf Veranlassung des Kriegsministers General Nollet hat der Präsident der Republik Doumergue den vom Kriegsgericht in Lille zu einem Jahr Gefängnis verurteilten General von Nathusius begnadigt. Der General hat das Untersuchungsgefängnis gestern vormittag um sechs Uhr verlassen. Nach einer Havasmeldung aus Lille ist General von Nathusius nach Forbach abgereist.**

Zum Fall Nathusius hat der Reichs-Kriegerbund „Kyffhäuser" folgende Eingabe an den Reichskanzler gerichtet: Zeitungsnachrichten zufolge soll die Begnadigung des auf ehemals reichsländischem Boden verhafteten 68jährigen Generalmajors von Nathusius durch den Reichspräsidenten der französischen Republik unmittelbar bevorstehen. Die in dem Deutschen Reichskriegerbund Kyffhäuser vereinigten 2½ Millionen ehemaligen Angehörigen der früheren deutschen Armee, Marine und Schutztruppen aller Dienstgrade sind der Ansicht, daß ein derartiger Gnadenakt des französischen Präsidenten durchaus nicht geeignet ist, das durch die Verurteilung des Generals nicht nur an ihm, sondern an dem ganzen deutschen Volke begangene, vom Herrn Reichspräsidenten anerkannte Unrecht wiedergutzumachen. Vielmehr würde durch einen derartigen Schritt der französischen Regierung, den man nur als eine weitere Infamie bezeichnen könnte, der Verdacht des Diebstahls oder einer sonstigen strafbaren Handlung nach wie vor weiterhin auf den Schultern des alten Offiziers lasten. Wir alten Soldaten erwarten auf das bestimmteste von der Reichsregierung, daß sie alles unternimmt, um die Aufhebung des Liller Urteils nicht auf dem Gnadenwege, sondern von Rechts wegen zu erreichen.

Die Haltung der Reichsregierung.

Die offizielle Mitteilung von der Begnadigung des Generals von Nathusius ist bei der Reichsregierung telegraphisch eingetroffen. Wenn sich die Behauptung des „Matin" bewahrheitet, daß die französische Regierung das Urteil des Liller Kriegsgerichts für objektiv falsch hält, hängt es ganz von General von Nathusius ab, ob er das Revisionsverfahren beim Pariser Kassationshof weiteraehen lassen will oder nicht. Unabhängig davon ist gleich nach Bekanntwerden der Verhaftung des Generals und des Contumaciamurteils aus dem Jahre 1921 auf Grund des Gesetzes vom 18. Dezember 1919 beim Reichsgericht ein Verfahren gegen den General anhängig gemacht worden, zu dem bereits eine Reihe von wichtigen Zeugen ermittelt worden ist. Es wird sich in dem Verfahren vor aller Welt ergeben, daß die Ehre des Generals und sein stets korrektes Verhalten in Feindesland unantastbar ist.

Drei Jahre preußische Kulturpolitik.

In Hagen sprach der volksparteiliche Kultusminister Dr. Boelitz über das Thema: „Drei Jahre preußische Kulturpolitik".

Er führte aus, daß die Revolution zahlreiche Anregungen auf dem Gebiete der Schulreform gebracht habe. Aber es habe sich in den meisten Fällen um Utopien gehandelt. Brauchbar sei einzig der Gedanke der Einheitsschule. Der Redner gab einen historischen Ueberblick über das Problem. Es tauchte von 1848 ab immer wieder auf. Freilich wird die Einheitsschule nicht heute oder morgen durchführbar sein aber vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren. Der Minister trat für die vierjährige Grundschule ein. Hieran schließen sich die Mittelschulen oder höheren Schulen an.

Dabei sei er bemüht gewesen, die früheren sogenannten toten Stränge zu beseitigen. Der erste tote Strang war der Entwicklungsgang der Volksschullehrer. Durch die Vorbildung waren ihnen andere Berufe, zu denen sie sich vielleicht hingezogen fühlten, verschlossen. Jetzt besuchen die künftigen Volksschullehrer die höhere Schule und machen dann noch eine zweijährige pädagogische Akademie durch, so daß sie mit 21 Jahren für den Beruf reif sind.

Ein zweiter toter Strang war die Mädchenschulbildung. Entsprechend der männlichen Ausbildung wurde auch hier ein neunjähriger höherer Bildungsgang geschaffen.

Der Redner kam dann auf die nationale Erziehung zu sprechen. Er knüpfte an einen Ausspruch Kaiser Wilhelms II. an: „Bei uns ist der Fehler, daß wir unsere jungen Männer zu jungen Griechen oder jungen Römern, aber nicht zu jungen Deutschen erziehen". — Der Geist unserer Erziehung müsse deutsch sein. Vor allem müsse deutsche Kulturkunde in den Volksschulen und in den höheren Schulen eine bedeutende Rolle spielen. Wichtig sei in dieser Hinsicht die Schulreform der deutschen Oberschule. In ihrem Lehrplan sollen vor allem die deutschen Altertümer, die deutsche Literatur, die deutsche Musik und bildende Künste gepflegt werden.

Ebenso sei ein besonderes Augenmerk auf die Religion zu richten. Es solle nicht mehr Religionsunterricht als bisher eingeführt werden, aber dafür habe der gesamte Unterricht religiös zu sein. Im weiteren Verlaufe unterzog der Minister den Geschichtsunterricht einer eingehenden Betrachtung. Auch er sei weit mehr als bisher zum Schutz kam der Minister auf die Frage der Staatsform zu sprechen. Er bezeichnete sie als sekundär. Das wichtigste sei gegenwärtig das deutsche Empfinden. Dies müsse vor allem der Jugend anerzogen werden. Die Form des Staates werde einst diejenige werden, wie sie die Bürger und Bürgerinnen wollen.

Man muß es aufs tiefste bedauern, daß die Reichsregierung die Revision des Prozesses als eine Privatangelegenheit des Herrn v. Nathusius ansieht und lediglich vor einem deutschen Gericht die Rechtfertigung anstrebt. Das ist völlig ungenügend. Sie muß unter allen Umständen von der französischen Regierung volle Gerechtigkeit und eine Genugtuung verlangen. Man denke daran, was die Entente für ein Geschrei um jede kleine Beeinträchtigung der Rechte ihrer Staatsbürger macht und wir sie mit Millionenentschädigungsforderungen einspringt. Wir dürfen uns hier nicht lumpen lassen, unser Ansehen bei allen Völkern der Welt steht auf dem Spiel.

Angebliche Gasmaskenfunde der interalliierten Kontrollkommission.

Der Londoner Mitarbeiter der „Chicago Tribune" berichtete über sensationelle Entdeckungen der interalliierten Militärkontrollkommission, die in einzelnen Fabriken festgestellt habe, daß dort Gasmasken für die Reichswehr hergestellt würden. Die Militärkommission würde den Antrag stellen, daß diese Gasmasken ausgeliefert würden. Es handelt sich bei den „Funden" der Kontrollkommission um die Besichtigung der Prüfungsstelle für Gasschutz in Hannover, sowie einer Fabrik, in der alte Gasmasken aus dem Kriege ausgebessert und die Atemeinsätze neu gefüllt werden, da die Masken wegen der langen Lagerung natürlich schadhaft geworden sind. Diese Reparaturarbeiten sind nicht einmal soweit gediehen, daß die Reichswehr vollwertig mit Gasschutzgerät ausgestattet werden konnte. Die Besichtigung der Reparaturwerkstätten und der Prüfstelle für Gasschutz ist der Kontrollkommission in jeder Hinsicht erleichtert worden. Alles übrige entspricht nicht den Tatsachen.

Wollte man der Reichswehr den Gasschutz verweigern, könnte man mit dem gleichen Recht die Bekämpfung epidemischer Krankheiten verbieten. Der Gasschutz der deutschen Reichswehr muß in auch vollkommen unwesentlich sein, wenn niemals die Absicht bestehe, gegebenenfalls gegen deutsche Truppen mit Gas vorzugehen. Andernfalls aber wäre es geradezu ungeheuerlich, der deutschen Reichswehr den Gasschutz verbieten zu wollen.

Diese ganze Gashetze, an der sich insbesondere auch die Londoner „Times" beteiligt (vergl. unseren kürzlichen Leitartikel), die jetzt wieder verkündet, im Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin würden Giftgase hergestellt, hat natürlich einen ganz bestimmten Zweck: die Alliierten haben sich im Washingtoner Abkommen zum Verzicht auf den Gaskrieg verpflichtet. Aber keiner denkt daran, diese Verpflichtung zu erfüllen. Deshalb lügt man der Welt vor, Deutschland rüste zum Gaskrieg — um dann behaupten zu können, die eigenen Gaskriegsrüstungen dienen lediglich der Abwehr und Sicherheit!

Wie wollte man sich rechtfertigen, daß in England eine Schule für Gaskrieg in Porton bei Salisbury Plain besteht? Daß das englische Kriegsministerium eine chemische Abteilung mit 151 Mitgliedern hat und im Jahre 273 000 Pfund für ihre Zwecke ausgeben kann? Daß Frankreich zu den bisherigen eine neue chemische Fabrik für Heereszwecke in Toulouse erbaut und alle Chemiker des Landes zur Mitarbeit aufruft? Daß Amerika ebenso wie England eine wohlausgebaute und wohlausgestattete Versuchsanstalt und zwei Gasregimenter aufgestellt hat? Daß auch Polen eine Fabrik für Gaszwecke errichtet?

Da ist dann ganz folgerichtig, daß Deutschland die Gasmasken verboten werden. Denn die anderen Staaten beschäftigen sich mit den Gasen nur, um Ratten zu töten und Wanzen außer Gefecht zu setzen.

Vorsichtshalber ruft man sich aber gegenseitig zu: Haltet den Dieb! Deutschland rüstet zum Gaskrieg!

Reparations- und Steuerlasten.

Geheimrat Dr. Quaat (Deutschnatl.) sagte in Chemnitz dar, wie stark die auf der deutschen Wirtschaft ruhende Last, abgesehen von den Kriegssteuern, nach 1914 gestiegen sei. Die steuerliche Belastung der Landwirtschaft und Industrie und auch des kleinen Verbrauchers sei kaum noch zu übersehen. Die Einnahmen des Reiches seien, trotz der geringen Wehrmacht, auf das Doppelte der Friedenszeit gestiegen. Außer den Steuern seien aber auch die öffentlichen Gebühren und Tarife stark gestiegen. Der äußere Zoll sei abgebaut. Um so stärker sei die innere Belastung. Es sei eine Unwahrheit, daß wir ein Moratorium hätten. Wir zahlten schon jetzt monatlich mindestens 90 Millionen Mark gleich etwa einer Milliarde Mark im Jahr. Dazu kommt die 26prozentige Ausfuhrabgabe. Die 26prozentige Abgabe bedeutet, daß ein Viertel unserer Ausfuhr unbezahlt bleibe. Damit sei dem deutschen Welthandel das Todesurteil gesprochen. Die Handelsvertragsverhandlungen, auf die sich die Regierung vorzeitig und unbesonnen eingelassen habe, würde zu neuen Niederlagen führen und zeigten schon jetzt, daß das Ausland mit allen Mitteln bestrebt sei, ein Wiedererstarken der deutschen Ausfuhr unmöglich zu machen. Eine verständige Wirtschaftspolitik müsse den inneren Markt stärken, statt die Wirtschaft durch unmäßige Steuern aussaugen und Steuern im Vorrat zu erheben.

Die Russen für Akkordarbeit!

Auf dem Kongreß der roten Gewerkschaften in Moskau trat Tomski für die Einführung der Akkordarbeit ein, die die Arbeitsintensität fördere und das einzige Mittel zur Hebung der Produktion sei.

Den 8-Stundentag haben die Kommunisten ja längst abgeschafft, jetzt fehlte nur noch die Erkenntnis, daß eine vernünftige Akkordarbeitsregelung dem Arbeiter höhere Einnahmen schaffe und die Erzeugnisse verbilligt. Nicht mehr lange dann bleibt von den kommunistisch-sozialistischen Idealen in Rußland nichts mehr über, sondern nur die materielle Kehrseite der Ideale: daß ist eines der reichsten Länder der Welt in grenzenlose Armut heruntergewirtschaftet und Millionen Menschen geopfert haben.

*

Aus Minsk wird gemeldet, daß von der Sowjetregierung über Weißrußland der Belagerungszustand verhängt worden ist.

„Der schwarze Tod".

Uns wird geschrieben:

Je näher die Wahlen herankommen, desto skrupelloser wird der Stimmenfang von der Sozialdemokratie betrieben. Eine Widerlegung aller Verdrehungen und Unrichtigkeiten ist unmöglich. Eine Behauptung der Linkspresse aber nicht unwidersprochen bleiben, die dahin geht, daß durch die Wiedereinführung der Frauenarbeit die Unglücksfälle im Bergbau gewachsen seien. Diese Notizen, die unter der sensationellen Ueberschrift „Der schwarze Tod" oder „Schreckenszahlen über die Unglücksfälle im Bergbau" verbreitet werden, dienen dem durchsichtigen Zweck, mit demagogischen Mitteln die Gemüter in der Arbeitszeitfrage aufzupeitschen und gleichzeitig die Stimmen der Arbeiter für die Sozialdemokratie zu gewinnen.

Die Haltlosigkeit der Behauptung wird durch einen Blick auf die amtlichen Zahlen bewiesen. Nach dem amtlichen Bericht über die Verwaltung der Sektion 4 der Knappschaftsberufsgenossenschaft für das Jahr 1923 betrug die Zahl der Unfälle, für welche im Rechnungsjahr Entschädigungen festgestellt wurden sind, 906. Von diesen hatten 141 Fälle einen tödlichen Ausgang. Nach Mitteilung der Sektion 4 der Knappschaftsberufsgenossenschaft betrug für den Braunkohlenbergbau die Zahl der entschädigungspflichtigen Fälle von Januar bis Oktober 1924 744. Hiervon hatten 108 Fälle einen tödlichen Ausgang. Auf das Jahr berechnet, würde die Zahl der entschädigungspflichtigen Fälle 893 und die der tödlichen Unfälle 130 betragen.

Im Jahre 1923 wurde im Braunkohlenbergbau dreischichtig gearbeitet. Im Jahre 1924 ist die Friedensarbeitszeit wieder eingeführt worden. Es ist demnach durch die Angaben das genaue Gegenteil von dem bewiesen, was die Sozialdemokratie behauptet. Die Zahl der entschädigungspflichtigen und tödlichen Unfälle ist nach Einführung der Friedensarbeitszeit im Braunkohlenbergbau erheblich zurückgegangen. Neben den sonstigen wirtschaftlichen Gesichtspunkten, welche die Einführung der Friedensarbeitszeit rechtfertigen, ist diese verminderte Zahl der Unfälle zweifellos ein schwerwiegendes Argument, das hierfür spricht.

Der Schweizer Bundesrat hat das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland genehmigt. In seiner Botschaft an das Parlament betont er, daß die deutsche Delegation der Schweiz wichtige Zugeständnisse gemacht habe, um durch das neue Abkommen die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen zu ermöglichen. — Daß auch die Schweiz „wichtige Zugeständnisse" gemacht habe, kann niemand behaupten, dazu sind ja die Deutschen da!

Radfahrer! Mäntel und Schläuche im Spezialgeschäft Gumm.-Bieder, Gr. Steinstrasse 81 (Nähe Markt).

Die Insel der verlorenen Schiffe.

Roman von Crittenden Marriott.
Ins Deutsche übertragen von Ottomar Reichard.

14. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Wie geht es Ihnen denn, mein kleiner Engel? Haben Sie's nicht zu schwer gehabt? Sie glauben gar nicht, wie froh ich bin, Sie zu sehen. Sicher ist es nicht so schön für Sie in diesem Augenblick als für uns. Sie haben das Schwere eben erst durchgemacht, wir haben's schon lang' hinter uns. Nun, meinen Sie nur nicht, Kleine, Das gibt sich schon alles."

Der Ton ihrer Stimme nahm eine zärtliche und beruhigende Färbung an. Auch Dorothy war nach dem harten Schicksal der letzten Wochen tiefgerührt, eine Geschlechtsgenossin zu begegnen, und sie weinte sich von Herzen aus, den Kopf auf die Schulter der Mutter Joß gelehnt.

„Oh," schluchzte sie, „bis jetzt habe ich die Schrecken unserer Lage noch gar nicht erkannt. Oh, all diese Wracks!..." Und ihre Stimme brach in neuem Schluchzen.

„Ich weiß, meine Kleine, ich weiß. Vor fünfzehn Jahren, als ich hier ankam, da ging es mir ebenso. Ich denke noch daran, ich kann mich sehr wohl daran erinnern. Aber weinen Sie nicht, mein Engel, kommen Sie mit in die Kabine der alten Mutter Joß. Dort wird es Ihnen schon leichter werden, und wenn Sie sich bei mir ausweinen wollen, dann habe ich auch nichts dagegen." Mit einer sanften Bewegung führte die alte Frau das junge Mädchen aus dem Ring heraus und in eine hübsch eingerichtete und gut gelüftete Kabine.

„Setzen Sie sich," sagte sie zärtlich. Und dennoch lag in ihrem Ton etwas Zwingendes, Entschlossenes. „Setzen Sie sich zu der Mutter Joß. Erleichtern Sie Ihr Herz. Ich verstehe alles, mein Engel. Ich verstehe!"

Bald siegte die Neugierde über den Schmerz. Die Tränen hörten auf zu fließen, und die beiden Frauen tauschten ihre Erlebnisse aus, als ob sie schon seit vielen Jahren eng befreundet miteinander seien.

Im gewöhnlichen Leben wäre es angesichts der gänzlich verschiedenen Rangschichten, denen die beiden angehörten, wohl niemals dazu gekommen, aber gemeinsames Schicksal würfelt allerlei zusammen, was sonst gänzlich verschiedene Bahnen zieht.

Nach etwa einer halben Stunde klopfte Sonet an die Tür. „Kapitän Forbes läßt Mutter Joß und die junge Dame bitten, mit ihm zu Abend zu essen."

„Ich danke dem Kapitän sehr für seine Freundlichkeit, und ich nehme mit dem größten Vergnügen an," sagte Dorothy lebhaft. Die Alte streifte sie mit verwundertem Blick.

„Gut, gut, Sonet. Wir werden kommen," sagte sie dann ihrerseits. Während der Seemann sich raschen Schrittes entfernte, wandte sich die Alte zu Dorothy.

„Mein liebes Kind," sagte sie zögernd, „ich halte es für meine Pflicht, Sie ein wenig zu warnen. Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß es hier für ein junges Mädchen nicht ungefährlich ist. Gedenken Sie den jungen Mann zu heiraten, der Ihnen das Leben gerettet hat und der, wie Sie mir erzählen, seit Sie Schiffbruch erlitten, so gut für Sie sorgt?"

Dorothy richtete sich brüsk auf. Ihre Wangen waren in Purpur getaucht.

„Ich denke gar nicht daran!" rief sie.

Mutter Joß hatte wohl eine derartige kategorische Ablehnung nicht erwartet, denn verlegen fuhr sie fort: „Nun, nun, glauben Sie nur ja nicht, daß ich aus Neugierde frage, aber sind Sie wirklich fest entschlossen, ihn nicht zu heiraten? Er macht einen so braven und tapferen Eindruck. Vielleicht würden Sie damit Schlimmeres vermeiden."

Dorothy fühlte, daß hier irgend etwas nicht in Ordnung war. Wieder griff Angst an ihr Herz. Irgend etwas Dunkles, Schwerwiegendes mußte hinter den Worten der Alten stecken. Einige ihrer Andeutungen blieben ihr unverständlich.

„Von einer Heirat zwischen Mister Havard und mir kann keine Rede sein," erwiderte sie ruhig. „Der Leutnant hat Gründe, die ihn daran hindern. Ich kann Ihnen das jetzt nicht sagen. Aber erklären Sie mir, Mutter Joß, erklären Sie mir, warum Sie so ängstlich danach fragen. Mir will scheinen, daß hier böse Dinge vorgehen."

Mutter Joß blickte ernst, dann sagte sie: „Nun, es bleibt nichts weiter übrig, ich muß Ihnen alles sagen. Es ist zudem besser, wenn Sie wissen, woran Sie sind, da Sie ja fest entschlossen scheinen, diesen jungen Mann nicht zu heiraten. Die Wurzel aller Uebel hier ist, daß die Kolonie bedeutend mehr Männer zählt als Frauen. Sie hatten noch keine Gelegenheit, Prudence Gallais zu sehen. Sie und ich sind die einzigen Frauen im Dorf. Sie kam vor knapp zwei Jahren halb wahnsinnig hier an als die einzige Ueberlebende auf dem Schiff „Der Schwan". Ihr Mann, sowie alle anderen Passagiere waren ertrunken. Und seit sie unter uns weilt, ist sie bereits das viertemal verheiratet."

„Das viertemal! Wie konnte sie nur!"

„Man hat ihr keine Wahl gelassen. Sie mußte einfach. Zwei Tage nach ihrer Ankunft wurde sie verheiratet, und sechs Monate später war sie schon Witwe. Eines Tages fand man ihren Mann tot vor, ein schweres Balken war ihm auf den Kopf gefallen. Bereits vierundzwanzig Stunden spä er mußte sie sich wieder verheiraten. Jawohl sie mußte! Sie werden gleich begreifen. Wieder vergingen sechs oder acht Monate, da verschwand der zweite Mann, eigentlich der dritte, wenn wir den Ertrunkenen hinzurechnen wollen. Er ist nie wieder aufgetaucht. Kapitän Forbes erklärte, daß er aller Wahrscheinlichkeit nach tot sein müsse, und Prudence war wieder vor die Wahl eines neuen Gatten gestellt. Sie heiratete Mister Trotter, aber damals war der Adjutant des Kapitäns, ein Franzose, namens Gallais, noch verheiratet. Vor drei Monaten starb dann dessen Frau. Und seltsamerweise fand eine Woche später auch Mister Trotter sein Ende. Eine riesige Schlange, die mit irgendeinem Wrack hier angekommen, und die der Kapitän hegt und pflegt, als sei sie sein Kind, war angeblich aus ihrem Gefängnis entwichen und hatte Trotter erdrosselt. Tags darauf war er schon wieder ersetzt: Miß Trotter mußte Gallais heiraten. Oh, er steht sehr hoch in der Gunst des Kapitäns. Von Trotter hat sie ein Söhnchen, das jetzt sechs Monate alt ist. Nach dem Erzählten dürfen Sie wohl erraten haben, daß Kapitän Forbes selbst bisher unbeweibt war, aber auch seine Frau ist kürzlich gestorben, und es könnte mich gar nicht in Erstaunen versetzen, wenn nun Gallais recht bald das Heiratliche segnen würde."

Aus Dorothys Augen sprach der Schrecken. „Sie wollen doch damit nicht sagen...." rief sie aus.

„Ich will damit sagen, daß es sich sehr wohl ereignen kann, daß Sie Fordes als Gattin folgen müssen, wenn Sie es nicht vorziehen, den jungen Mann zu heiraten."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241128011/fragment/page=0002